

Ausschuss für Kultur und Medien

Wortprotokoll

56. Sitzung (öffentlich)

Berlin, den 20. Juni 2001, 15.30 Uhr
(Plenarbereich Reichstagsgebäude, Sitzungssaal 1 S 014)

Vorsitz: Abg. Monika Griefahn (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Seite 6

**Unterrichtung durch den Vorsitzenden der Expertenkommission
„Historische Mitte Berlin“, Dr. Hannes Swoboda**

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Günter Rexroth,
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der F.D.P.

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses

- Drucksache 14/1752 -

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Dirk Fischer, Dr.
Dietmar Kansy, Wolfgang Bosbach, Günter Nooke, weiterer Abge-
ordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses

- Drucksache 14/3673 -

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Heinrich Fink, weiterer Ab-
geordneter und der Fraktion der PDS

Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte

- Drucksache 14/4402 -

Seite 27

Unterrichtung über den Sachstand und die Perspektiven der Sanierung der Museumsinsel

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Günter Rexroth, Hans-Joachim Otto, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ausprägung einer 1-DM-Goldmünze und die Errichtung einer Stiftung „Geld und Währung“ und zur Unterstützung der Rekonstruktion der Museumsinsel (Museumsinselunterstützungsgesetz)

- Drucksache 14/5274 -

Seite 8

Tagesordnungspunkt 5 (abgesetzt)

Gesetzentwurf der Abgeordneten Rainer Funke, Hans-Joachim Otto, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Hildebrecht Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerkes

- Drucksache 14/3555 -

Seite 6

Tagesordnungspunkt 6 (abgesetzt)

Gesetzentwurf der Abgeordneten Jörg van Essen, Rainer Funke, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Gesetz zur Sicherung der Pressefreiheit

- Drucksache 14/1602 -

Seite 7

Tagesordnungspunkt 7

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union

EUB-EP 722 (Adrs. 153)

Seite 6

Tagesordnungspunkt 8 (abgesetzt)

Kurze Berichterstattung durch den Beauftragten für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien zum Urhebervertragsrecht

Seite 6

Tagesordnungspunkt 9 (abgesetzt)

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr

(Elektronisches Geschäftsverkehr-Gesetz, EGG)

- Drucksache 14/6098 -

Seite 6

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen und Sie darüber unterrichten, dass die Punkte 1 bis 3 und der Bericht von Herrn Dr. Swoboda zur historischen Mitte erst um 16.30 Uhr aufgerufen werden, weil Herr Dr. Swoboda vorher noch nicht da ist. Wir werden jetzt zunächst den Bericht zum Preußischen Kulturbesitz hören. Dafür sind auch Gäste eingeladen worden. Ich darf ganz herzlich die neue Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin, Frau Goehler, begrüßen. Besonders zu bewundern ist, dass Sie sich nach zwei oder drei Tagen Amtszeit gleich in den Kulturausschuss des Bundestages wagen, um hier Rede und Antwort zu stehen. Also, ganz herzlichen Dank dafür, dass sie das machen. Daneben auch ganz besonders gerne gesehen der Staatsminister für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Prof. Dr. Nida-Rümelin, und auch Herr Prof. Dr. Lehmann von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der dann auch gegebenenfalls noch Fragen beantworten kann. Wir wollen diesen Tagesordnungspunkt zur Museumsinsel einschließlich der Bearbeitung des Gesetzentwurfes der F.D.P. bis 16.30 Uhr ab zu schließen, so dass wir dann eben auch zu der Diskussion um den Wiederaufbau des Stadtschlusses und den Anträgen sowie zum Bericht der Kommission übergehen können.

Wir haben uns im Obleutegespräch darauf verständigt, weitere Tagesordnungspunkte anders zu behandeln, als sie auf der Tagesordnung ausgedruckt sind. Die Unterrichtung durch den Staatsminister über das Urhebervertragsrecht wird auf den Zeitpunkt verschoben, zu dem der Gesetzentwurf der Bundesregierung überwiesen ist und dann hier im Ausschuss behandelt wird – wann das sein wird, können wir im Moment noch nicht absehen. Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Elektronischen Geschäftsverkehr, also Tagesordnungspunkt 9, war im Obleutegespräch die Verständigung, dass dazu eine ausführlichere Debatte und möglicherweise eine Anhörung notwendig wäre. Der federführende Ausschuss, der um eine Stellungnahme bis nächste Woche gebeten hat, hat von uns mitgeteilt bekommen, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme leisten werden, sondern darum bitten, eine Anhörung zu diesem Komplex durchzuführen.

Des Weiteren haben sich die Obleute darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 5 zum Folgerecht abzusetzen, weil die EU-Richtlinie gerade erst verschiedet worden ist, so dass die Fraktionen noch keine Zeit hatten, sich mit der EU-Richtlinie im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der F.D.P. zu beschäftigen. Zum Tagesordnungspunkt 6 haben sich die Obleute verständigt, diesen Punkt gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4 der nächsten

Sitzung in der nächsten Woche zu behandeln, weil beide inhaltlich das gleiche Thema betreffen, nämlich die Sicherung der Pressefreiheit. Zu Tagesordnungspunkt 7 können wir hier gleich feststellen, dass die Obleute vereinbart haben, die Europäische Kommunikationsstrategie zur Kenntnis zu nehmen, da im Moment keine weitere Debatte notwendig ist. Der federführende Ausschuss hat dazu bis heute um Stellungnahme gebeten, die können wir dann auch gleich weiterreichen. Jetzt möchte der Staatsminister noch etwas sagen.

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Offensichtlich wurde der vorgesehene Tagesordnungspunkt 8, was ich verstehen kann, deswegen jetzt abgesetzt, weil die Diskussion heute zeitlich nicht möglich ist. Ich mache dann aber ein Angebot. Es wäre ja sinnvoll, dass der Aspekt, den wir aus kulturpolitischer Sicht hier zu den weiteren Beratungen des Urhebervertragsrechts beitragen, auch in Ihre Überlegungen mit einfließt. Mein Angebot wäre, dass ich das der Ausschuss-Vorsitzenden schriftlich überlasse, was ich hier sonst vorgetragen hätte, so dass Sie das dann auch mit einbeziehen können.

Vorsitzende: Herr Dr. Lammert, bitte.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Also, wir machen davon gerne Gebrauch, denn ich lege auch Wert darauf, dass nicht der Eindruck entsteht, als seien wir an dieser Berichterstattung nicht interessiert. Neben dem zeitlichen Korsett, auf das sie jetzt gerade hingewiesen haben, gab es einen formalen Punkt, der zu dem Verfahrensvorschlag geführt hat, auf den sich die Obleute verständigt haben. Nachdem die Bundesregierung jetzt einen Gesetzentwurf beschlossen hat, kann auch eine Stellungnahme von Ihnen nicht eine andere Linie zum Gegenstand haben – ich würde mir selbst die Geste sorgfältig überlegen, Herr Staatsminister. Da ist die Geschäftsordnung der Bundesregierung, des Bundestages sehr einschlägig, wenn die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht hat, kann nicht ein Ministerium, schon gar nicht ein Staatsminister in einem solchen, eine davon abweichende Position vertreten. Insofern macht es Sinn, dass wir nach Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss die Beratung unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen aufnehmen, die wir unter medienpolitischen Gesichtspunkten gemeinsam sicher haben. Es erleichtert das Verfahren, wenn wir dann Ihre Einschätzung der in dem Gesetzentwurf getroffenen Regelungen mit dieser Zielsetzung vorab kennen. Deswegen bin ich mit diesem Verfahren gerne einverstanden. Ich wollte noch einmal erläutern, was zu der Verfahrensempfehlung geführt hat, die die Vorsitzende vorgetragen hat.

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und die Medien): Da muss ich dann aber doch wenigstens meine Gestik erläutern. Das ist insoweit ein Sonderfall gewesen als meine Behörde eine Woche Zeit hatte, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Nachdem das sachlich nicht möglich war, in dieser kurzen Frist, haben wir uns mit dem Justizministerium geeinigt, dass wir unsere Aspekte, die in diesem Gesetzentwurf nicht vollständig – ganz überwiegend, aber nicht vollständig – berücksichtigt sind, dann in die parlamentarische Beratung entsprechend einbringen, insofern also durchaus gewisse Abweichungen deutlich machen dürfen.

Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU): Ich nehme an, dass sie unter dieser Rubrik auch den Bereich „Film“ einbeziehen. Insofern, Kollege Lammert, hätte ich völliges Verständnis, wenn der zuständige Staatsminister, selbst wenn er vorher die Möglichkeit gehabt haben sollte, darauf Einfluss zu nehmen, hier noch besondere Akzente setzt. Insofern ist es vielleicht hilfreich, wenn wir das dann mit einbeziehen können, damit dann an anderer Stelle auch keine Irritationen entstehen. Also, ich würde Wert darauf legen, dass Sie bei diesem Teil Ihre Bewertung zum Thema Filmbereich ausdrücklich erwähnen.

Vorsitzende: Gut, das wird der Herr Staatsminister machen; wir nehmen dankbar die zusätzlichen Informationen in die Beratung mit auf und werden dann zu gegebener Zeit den Themenkomplex hier wieder aufrufen.

Unterrichtung über den Sachstand und die Perspektiven der Sanierung der Museumsinsel

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Günter Rexroth, Hans-Joachim Otto, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ausprägung einer 1-DM-Goldmünze und die Errichtung einer Stiftung „Geld und Währung“ und zur Unterstützung der Rekonstruktion der Museumsinsel (Museumsinselunterstützungsgesetz)

- Drucksache 14/5274 -

Vorsitzende: Zum Einstieg in die Debatte, die wir jetzt haben, hatten die Obleute verabredet, den Senat von Berlin und die Bundesregierung zu bitten, zum Stand der Finanzierung und der Abwicklung der Museumsinsel kurz zu berichten, weil dazu in den letzten Wochen viel in den Zeitungen stand. Die beiden Gremienvertreter bitte ich, das vorzutragen und dann zum Gesetzentwurf der F.D.P. überzugehen. Zur Einstimmung hat Prof. Lehmann uns einen

schönen Überblick mitgebracht, der hier noch verteilt werden kann. So, dann ist die Frage: Wie wollen wir starten? Frau Goehler, fühlen Sie sich gerüstet, loszulegen? Berlin ist ja am Zug.

Adrienne Goehler (Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bedanke mich für die Einladung. Im Rahmen meines allgemeinen „Crash-Kurses“ ist das eine ungeheure Steigerung, dass ich auch gleich hier im Bundestag sitzen darf. Ich nehme es einfach als ein Stück „Schnellnachhilfe“ in dem, was ich mir sowieso aneignen will. Dies mit Ihnen zusammen zu tun, finde ich sehr richtig, weil wir sicherlich alle der gleichen Auffassung sind, dass wir uns in der Frage Museumsinsel mit der Frage eines Weltkulturerbes auseinandersetzen. Das ist keine lokale Frage, sondern eine Frage von bundesweitem, ja weltweitem Interesse. Ich bin als Vertreterin des Senats und des Regierenden Bürgermeisters hier, dessen Grüße ich Ihnen überbringe. Was Sie sicherlich als Allererstes interessieren wird, ist, dass sich der neue Senat völlig darüber einig ist, den Baustopp und den Planungsstopp für die Museumsinsel abzuwenden. Darum werden wir zu den bereits vereinbarten 80 Millionen DM, die durch das Parlament abgesichert sind, weitere 30 Millionen DM aufbringen. Das scheint schon unter allen Parteien Konsens zu sein. Das geht nächste Woche in den Hauptausschuss und dann durch das Abgeordnetenhaus. Sie wissen, dass diese 30 Millionen DM nötig sind, um die Liquidität der Stiftung zu sichern, da die EFRE-Mittel jetzt noch nicht ausgeschüttet werden können. Das Signal aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat ist eindeutig. Darüber hinaus begrüßen wir natürlich das, was wir bislang nur aus der Presse kennen – wir haben beide noch nicht die Möglichkeit gehabt, unter vier oder auch unter acht Augen darüber zu sprechen. Deshalb freue ich mich, dass ich heute Gelegenheit habe, nicht nur durch die Presse, sondern von Herrn Nida-Rümelin selbst zu erfahren, was sich der Bund überlegt hat. Ich kann Ihnen für den Senat sagen, dass wir grundsätzlich die Überlegungen des Bundes, sich stärker für die Museumsinsel zu engagieren, sehr begrüßen. Wir glauben, wie ich eingangs schon sagte, dass das dem Weltkulturerbe gut zu Gesicht steht. Es muss unser aller Ziel sein, der Stiftung eine Planungssicherheit zu geben. Was auch immer wir dazu tun können, werde ich tun.

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Ich will das jetzt nicht groß ausweiten – ich glaube, die wichtigsten Daten sind ja bekannt. Zwei Dinge, die Sie gesagt haben, sind mir sehr wichtig. Nämlich zum einen, dass wir in der Tat für dieses größte Kultur- oder besser gesagt Kulturbauprojekt Europas, wenn nicht der Welt, Planungssicherheit brauchen. In den letzten

Wochen und Monaten – Sie waren noch nicht beteiligt – gab es da, zurückhaltend ausgedrückt, gewisse Unsicherheiten, die haben uns große Sorgen gemacht. Ein Planungs- und Baustopp heißt nicht nur zeitliche Verzögerung, sondern auch Kostensteigerung, Auflösung von Architekturbüros usw. Wir müssen über die Jahre hinweg – das ist ja letztlich eine Dekade, über die wir jetzt planen – Sicherheit haben, wie immer wir das dann erreichen. Es hat keinen Sinn, die Gespräche dazu jetzt hier zu führen.

Zur gedanklichen Klarheit möchte ich noch einmal sagen, es sieht gegenwärtig so aus: Wir haben eine hälftige Teilung der Investitionskosten vereinbart, nicht nur zur Museumsinsel, sondern zu den Baumaßnahmen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz insgesamt, dazu gehört selbstverständlich auch die Bibliothek. Das wird jeweils im Stiftungsrat beraten, ist auch immer im Konsens beraten worden. Die Kosten belaufen sich im Jahre 2002 auf 240 Millionen DM, steigend im Jahr 2003 auf 260 Millionen DM, auf 280 Millionen DM im übernächsten Jahr. Von dieser Summe übernimmt der Bund die Hälfte und das Land die Hälfte, somit 120 Millionen DM auf Seiten Berlins, 120 Millionen DM auf Seiten des Bundes. Allerdings haben wir in dem gerade von meiner Seite und vom Kultursenator unterzeichneten Hauptstadtkulturvertrag eine Summe von 43 Millionen Mark vorgesehen, Übernahme des Berliner Anteils, damals noch 25 Millionen im Zusammenhang mit der Steuergesetzgebung, 75 Millionen Polizei, 25 Millionen Kultur. Wenn man das abzieht von dem Anteil Berlins, bleiben im Jahr 2002 52 Millionen übrig, die das Land Berlin noch aufbringen muss, der Rest wird vom Bund von diesen 240 Millionen DM aufgebracht. Es war nicht mein Vorschlag, es war der Vorschlag Berlins – schon vor dem Regierungswechsel –, dass der Bund 100 Prozent der Investitionskosten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz übernimmt. Ich habe lediglich öffentlich gesagt, ich kann mir das vorstellen, allerdings nicht ohne jede Kompensation, denn es handelt sich um so große Summen, dass der Finanzminister sagen wird, es ist nicht möglich, dass wir das einfach so übernehmen. Alles Weitere müssen wir im Gespräch klären.

Vorsitzende: Ich darf noch die neue Staatssekretärin, Frau Ströver, ganz herzlich begrüßen. Jetzt komme ich zu den Fragen. Es ist der ausdrückliche Wunsch der Obleute gewesen, Herrn Prof. Lehmann nicht zu einem Statement zu haben, aber wenn das jetzt gewünscht wird, können wir das natürlich auch gerne ändern.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann (Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz): Ich fühle mich durch die beiden Statements, die hier gegeben worden sind, in den letzten Entwicklungen, die wir hatten, und auch in der Perspektive wiedergegeben. Ich habe natürlich eine bestimmte Vorstellung über die Finanzierung in der Zukunft, die ich um einen Aspekt erweitern möchte, weil dann die Gesamtfinanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

noch deutlicher wird. Wir haben im Haushalt zwei Anteile, den Bauanteil und den Betriebs-
haushalt. Beim Bauhaushalt bin ich nach allen Erfahrungen der Auffassung, die auch der
Staatsminister geäußert hat: Eine Planungssicherheit können wir auf Dauer für diese zehn
Jahre bei einem solchen Großprojekt, das auch ineinander greifende Teile hat, die abge-
stimmt sein müssen, nur dann erreichen, wenn wir eine Finanzierung bekommen, die zu 100
Prozent beim Bund angesiedelt ist. Wie sich das über Kompensation realisiert, das ist eine
Sache, die Verhandlungsgegenstand ist.

Der zweite Punkt ist der Betriebshaushalt: Ich bin der Überzeugung, wenn wir von einem
nationalen Projekt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sprechen – und das ist es –, dann
müssen wir auch unsere Verfassungswirklichkeit in einer solchen Stiftung abbilden. Die
Verfassungswirklichkeit ist, dass wir es gerade im Kulturbereich – insbesondere in der
Hauptstadt – von der Stiftungsseite aus als sinnvoll ansehen würden, dass wir die Baumittel
zu 100 Prozent beim Bund haben, aber die Betriebsmittel zu einer Situation führen, dass wir
den Bund und alle 16 Länder am Tisch haben. Damit haben wir nämlich alle Länder an der
Kultur in Berlin beteiligt. Ich glaube, dass das ein sinnvoller Ansatz ist. Es könnte sich in der
jetzigen Situation durchaus als tragfähig erweisen, dass man die Länder in der Folge – 2005
läuft das Finanzierungsabkommen das erste Mal so aus, dass man es kündigen könnte –
dabei hält und damit auch die Gestaltungsmöglichkeit hat, in einem Land, das föderal struk-
turiert ist und eine Hauptstadt als eine Fokussierung empfinden könnte, beide Positionen
abdecken zu können. Für uns war die Zusage entscheidend, die von der Kultursenatorin
Berlins gegeben worden ist. Wir haben diese 30 Millionen DM in diesem Jahr, so dass die
Gefahr des Planungs- und Baustopps vorbei ist. Das ist der entscheidende Ansatz, die Dinge
in diesem Takt von zehn Jahren auch leisten zu können.

Vorsitzende: Insofern hat die Sitzung schon das Ergebnis gehabt, das wir eigentlich haben
wollten, dass uns die Lösung schon präsentiert wird. Umso besser. Wir haben das Thema ja
angesetzt, als das noch nicht klar war. Herr Lehmann, seien Sie versichert, der Kulturaus-
schuss ist immer mit großem Interesse beim Preußischen Kulturbesitz dabei. Wir haben
auch großes Interesse daran, dass die Dinge laufen. Allerdings haben wir – das wissen Sie –
wie jeder andere Ausschuss auch mit dem Haushaltsausschuss und dem Finanzminister zu
kämpfen. Dementsprechend müssen die Verhandlungen individuell weiter geführt werden.
Jetzt bitte ich die Kolleginnen und Kollegen um Fragen.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Ich möchte nur auf die Punkte eingehen, von denen ich an-
nahme, dass sie neu sind. Über die Bedeutung der Museumsinsel brauchen wir uns nicht

mehr zu unterhalten, das haben wir häufig getan. Was ist jetzt neu ? Das erste, was ich gehört habe und auch in letzten Tagen in der Zeitung gelesen habe, ist, dass der Senat seinen Anteil bezahlt. Das scheint eine selbstverständliche Verpflichtung, aber bei der Haushaltslage des Landes Berlin sollte man das durchaus, nachdem immer soviel geschimpft wurde, positiv erwähnen. Das ist kein unwichtiger Punkt, glaube ich. Es geht dann in die Richtung, dass es auch ein bisschen Vertrauensbeweis für das ist, was Herr Professor Lehmann zu Recht als Planungssicherheit bezeichnet hat, das ist ja so ein kleines Element, wenn es auch ein bisschen abgegrenzt ist. Neu ist die Beteiligung des Bundes auch bei der Hilfe - Herr Staatsminister hat es benannt, die zwei Begründungen dafür und die Ursachen -, so dass für Berlin noch 52 Millionen DM bleiben. Bei der Diskussion über die Förderung der Hauptstadt-kultur im Plenum haben wir gemeinsam eine Aussage getroffen, dass die Pflege der Hauptstadt-kultur nicht nur Aufgabe des Landes Berlin, sondern eine nationale Aufgabe ist. Ein Satz, den ich mir fest in meinem Kopf eingemeißelt habe. Erstens, weil er richtig ist und zweitens, weil es auch notwendig ist, diesen umzusetzen und daran zu erinnern. Nachdem ich erst das Land Berlin gelobt habe, freue ich mich, dass der Bund hier auch diesem Ziel mit entsprochen hat. Der dritte Punkt, und da wird es für mich ein bisschen heikler: Wir haben seit einiger Zeit die Frage, dass der Bund die Baukosten zu 100 Prozent übernehmen soll. Dies geistert übrigens schon länger herum, das haben wir schon viele Male diskutiert. Worin besteht die Kompensation? Hierbei ist kulturpolitisch spannend, was das sein könnte, wovon sich der Bund zurückzieht. Ich sehe in Berlin nichts, was der Bund finanziert und was überflüssig wäre. Es wird sicher an anderer Stelle weh tun, das muss man jetzt hier wissen. Ich bin gespannt, wo man diese Kompensation hernehmen möchte. Das ist eine Diskussion, auf die ich sehr gespannt bin.

Herr Prof. Lehmann, zum Betriebshaushalt: Die F.D.P. hat einen Antrag zum Kulturföderalismus gestellt, über den wir in Zukunft reden werden, sie hat ein Konzept, nach dem alle 16 Länder gemeinsam den Betriebshaushalt finanzieren. Da stellt sich die Frage, wie sind die einzelnen Anteile der Länder, und wie weit berührt das die Föderalismusdebatte. Ich entsinne mich an die Aussage eines bayrischen Politikers, der bei der Diskussion um den preußischen Kulturbesitz fragte: Und wer bezahlt Wittelsbach? Also, wie sind konkret die Beteiligungen? Ich will das noch einmal als Problem nennen. Dahinter steckt die Frage, wie man das hin bekommt. Ich finde dieses Konzept durchaus überlegenswert, weil das auch die Bindung stärkt, denn das ist ja die deutsche Hauptstadt für Bayern genauso wie für Mecklenburg-Vorpommern usw. Ich finde diesen Gedanken wirklich sehr überlegenswert. Ich will auch über die möglichen Probleme reden, die sich bei der Umsetzung ergeben werden. Da-

her wäre ich froh, wenn sie zu diesem Punkt dann vielleicht noch ihre Überlegung mit hinzufügen.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Ich bin überrascht, dass der Präsident der Stiftung über die vorgetragene Erklärung in demonstrativer Weise erleichtert ist, weil ich vom Nennwert her gesehen zwischen den heute gehörten Erklärungen und sehr ähnlichen in den vergangenen Jahren keinen großen Unterschied erkennen kann. Was Sie, Frau Senatorin, nicht wissen können, ist, dass das, was Sie für eindeutige Signale halten, immer wieder in den vergangenen zwei Jahren mit einer bemerkenswerten folgenlosen Regelmäßigkeit hier vorgetragen worden ist. Deswegen ist nicht erklärungsbedürftig, dass die Stiftung und ihr Präsident sich die Planungssicherheit für die Museumsinsel – von den übrigen Aktivitäten der Stiftung abgesehen – anders als mit einer Bundesfinanzierung gar nicht mehr vorstellen können. Insofern hat er an den angemeldeten Finanzierungsabsichten des Senats für das nächste Haushaltsjahr keinen Zweifel – es würde ihm auch nicht weiterhelfen, wenn er die hier anmelden würde –, er glaubt ernsthaft nicht, dass es eine verlässliche Grundlage für die Planung der nächsten Jahre sein könnte, was ich gar nicht beanstande, weil sich meine Beurteilung von seiner insofern nicht unterscheidet.

Damit sind wir bei der Frage, die sowohl von Herrn Nida-Rümelin und dem Kollegen angesprochen wurde, ob sich für die Zukunft eine andere Konstruktion denken lässt und ob sie vielleicht auch notwendig wäre. Ich will für uns erklären, dass wir uns an solchen Überlegungen beteiligen, weil es keinen Sinn macht, nach den stattgefundenen Erfahrungen der Vergangenheit zu sagen, es muss genau bei der Konstruktion bleiben, die sich genauso offensichtlich in der Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Finanzierung nicht bewährt hat. Wenn man das für die Vergangenheit so feststellt, so bedauerlich es ist, dann muss man für die Zukunft auch über andere Lösungen nachdenken. Ich habe keine Probleme, dass – an welcher Stelle auch immer – solche alternativen Überlegungen auch angestellt werden.

Ich will nur auf einige Probleme aufmerksam machen, die wir für einen seriösen Anlauf mit dem Ziel einer Verbesserung der Lage im Blick haben müssen. Das erste Problem besteht darin, dass fast zeitgleich zum Unterschreiben des Hauptstadtkulturvertrages dessen anstehende Auflösung angemeldet worden ist. Ich glaube, dass das eine den Sachverhalt treffende Zuspitzung ist. Denn nicht anders kann die gleichzeitige Ankündigung des Bundes verstanden werden, darüber nachzudenken und prinzipiell bereit zu sein, ein stärkeres finanzielles Engagement zu Gunsten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und insbesondere des

Ausbauplans der Museumsinsel einzugehen, dies aber gleichzeitig an anderer Stelle im Kulturhaushalt kompensieren zu müssen, was im Klartext heißt, die Verpflichtungen, die der Hauptstadtkulturvertrag gerade kodifiziert, neu aufzurollen.

Selbst meine hier mehrfach zu Protokoll gegebene Skepsis gegenüber Inhalt und Verfahren des Hauptstadtkulturvertrages hätte sich nicht zu der Prognose verstiegen, dass die Haltbarkeit der Vereinbarungen nur den Zeitpunkt überdauern würden, bis zu dem er nicht unterschrieben war, dass aber im Augenblick der geleisteten Unterschrift der Inhalt in sich zusammenfallen würde. Das ist der Sachverhalt, mit dem wir es hier zu tun haben. Dass man zu der Frage, ob und in welchem Umfang der Bund sich stärker auf der Investitionsseite bei der Finanzierung des Ausbaus der Museumsinsel und anderer Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz beteiligt, wissen muss, welche Konsequenzen dies an anderer Stelle hätte, darüber wird man nicht ernsthaft streiten können, was den prinzipiell notwendigen Zusammenhang angeht. Denn nicht nur die Berliner müssen dann die Frage beantworten, ob sie die sich daraus für sie ergebenden Konsequenzen finanziell und kulturpolitisch tragen können, sondern wir müssen selbst auch die Frage beantworten, ob die sich daraus ergebenden Risiken für die nicht vom Bund ganz oder überwiegend geförderten Einrichtungen in einem solchen Fall auch im Vergleich zu den Risiken der Museumsinsel akzeptabel sind.

Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir uns jedenfalls nicht in der Lage sehen würden, an der einen Stelle eine prinzipielle Erklärung abzugeben und zu sagen, wir warten ab, was in dem unvermeidlichen zweiten Teil nachkommt. Ich vermute, dass wir da nahe beieinander sind, dass das im Zusammenhang diskutiert werden muss. Was den Rang der Museumsinsel betrifft, sind wir uns einig und haben insofern ein gemeinsames Interesse, dass die vor langer Zeit miteinander vereinbarten Zeitpläne und Sachpläne realisiert werden können. Das wird insofern der Obersatz sein, an dem alle Beteiligten ihre Überlegungen ausrichten. Es ließe sich auch durchaus begründen, dass der Bund wegen seiner besonderen Verantwortung im Bereich der Kulturpolitik hier einen Schwerpunkt setzt und vielleicht an anderer Stelle weniger, wo ein Engagement aus Berliner Sicht dringend erwünscht ist, was sich unter nationalen Gesichtspunkten nicht ganz so zwingend begründen lässt, wie das bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Allgemeinen und bei der Museumsinsel im Besonderen unzweifelhaft der Fall ist.

Ich möchte nur auf zwei, wiederum miteinander verbundene Zusammenhänge aufmerksam machen: Ich habe Probleme damit, auch wenn mir das auf der technischen Seite soweit

einleuchtet, die Lösung „durchzuwinken“, die Sie, Herr Prof. Lehmann, ausdrücklich begründet haben, nämlich die Investitionen durch den Bund voll übernehmen zu lassen und bei den Betriebsmitteln natürlich die Länder dabei zu behalten. Gerade weil ich den Grund, der Sie zur zweiten Festlegung veranlasst, für richtig halte, habe ich Probleme mit der Lockerheit, mit der Sie das bei Punkt 1 für verzichtbar halten. Weil das eine nationale Veranstaltung ist und wir ein ausgeprägtes Verständnis von Kulturföderalismus haben, kann nationale Verantwortung nicht heißen, die Zuständigkeit des Bundes endet hier, sondern dann muss das bedeuten, dass das eine Aufgabe dieses föderal verfassten Staates ist. Dann ist nicht von vornherein einzusehen, warum dies die für Kultur verantwortlichen Ländern nichts angehen soll, was im Übrigen bedeutet, dass die bisherige Finanzierungsregelung auch nicht über jeden Zweifel erhaben war. Warum die Länder mit ohnehin höchst unterschiedlichen Relationen bei den Betriebsmitteln, nicht aber bei den Investitionsmitteln beteiligt waren, ist aus praktischen Gründen grundsätzlich nur schwer erklärbar.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den ich Herrn Nida-Rümelin rechtzeitig mit zu bedenken bitte, wenn wir das einer Lösung zuführen wollen. Ich glaube nicht, dass man eine Zukunftsperspektive für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gerade dann, wenn man sie als eine gemeinsame Anstrengung des Bundes und der Länder begreift, völlig losgelöst von Überlegungen in eine Nationalstiftung für Kunst und Kultur, die wiederum die Länder mit beteiligen muss, betreiben kann, schon gar nicht, wenn am Ende das eine wie das andere Geld kostet, nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder, bei denen man sofort unterstellen kann, dass sie gerne dabei sind, aber sich weniger gerne finanziell beteiligen wollen. Ich bin „stric-tissime“ dagegen, dass wir Lösungen finden, bei denen der Bund die Mittel und die Länder die Gremienmitglieder stellen. Ich habe kein Interesse daran, dass im Sinne der Konsequenz der Lösung immer mehr Aufgaben zu alleinigen Bundesaufgaben werden, um da nicht missverstanden zu werden. Es muss deutlich sein, dass es eine Balance geben muss zwischen einer prinzipiellen Verantwortung und einer finanziellen Verantwortung. Das eine kann nicht beliebig losgelöst vom anderen stattfinden.

Da ich drittens aus grundsätzlichen und praktischen Gründen eher nicht empfehlen würde, die Überlegung einer Nationalstiftung mit dem Ziel einer Fusion mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu betreiben, sondern es im Gegenteil für klüger halte, dieses Instrument als Bund-Länder-Instrument zu haben und daneben für andere Aufgaben eine andere Bund-Länder-Lösung zu finden, muss man den Zusammenhang, den das eine mit dem anderen hat, rechtzeitig bedenken und auf Vorschläge so abstimmen, dass nicht die Entscheidung an der einen Seite zu ungewollten, aber vorhersehbaren negativen Nebenwirkungen an anderer

Stelle führt. Wir werden fast alles unterstützen, was die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen für die Realisierung des Konzepts „Museumsinsel“ ermöglicht und sichert. Wir sind bereit, darüber nachzudenken, ob dies auch zu einem verstärkten Bundesengagement führen kann. Wir werden allerdings die zweite Frage erst dann beantworten, wenn wir den Preis kennen, unter dem dies zu realisieren wäre, den Preis nicht nur im mathematischen Sinne, sondern mit den Folgewirkungen an anderer Stelle. Viertens, wir legen Wert darauf, dass Neuregelungen mit und ohne förmliche Kündigung des Abkommens den Kontext berücksichtigen, den es in jedem Fall geben muss zwischen Bund-Länder-Aktivitäten bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an anderer Stelle, insbesondere wenn sie neu gegründet werden.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir kommen zu den weiteren Wortmeldungen.

Abg. Rita Grießhaber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe den Kollegen Lammert sehr gut, wenn er sagt, er will nicht, dass es eine Trennung gibt – der Bund ist für die Mittel verantwortlich und die Länder für die Gremienbesetzung, eine Arbeitsteilung, die für niemanden infrage kommt. Über die prinzipielle Verantwortung kann man sehr gut reden. Es ist ganz wichtig, dass wir nicht noch einmal in eine Situation geraten wie in den letzten Wochen, dass das Damoklesschwert des Baustopps über der Museumsinsel hängt. Ich bin froh, dass ich hier die neue Berliner Kultursenatorin begrüßen kann, und hoffe, dass es jetzt gemeinsam mit dem Staatsminister zu einer Lösung kommt. Wir unterstützen auch dessen Entgegenkommen bei der Finanzierung, legen allerdings Wert darauf, dass hier Planungssicherheit besteht. Meine Frage: Wie sieht der Zeitplan konkret aus?

Abg. Hans-Joachim Otto (F.D.P.): Bevor wir zur eigentlichen Sache kommen, müssen wir ein Wort zum Verfahren sagen. Das stößt mir bitter auf. Wir hatten im Ausschuss und im Plenum monatelang quälende Diskussionen über den Hauptstadtkulturvertrag. Nachdem wir um die Probleme der Museumsinsel wussten, haben wir uns auf diese fünf Institutionen verständigt, die in den Hauptstadtkulturvertrag hineinkommen. Kaum ist ein Ereignis in Berlin eingetreten, gilt das ganze nicht mehr. Ich kann auf das verweisen, was Herr Dr. Lammert und Herr Prof. Nida-Rümelin gesagt haben, dass Sie die Erklärung, der Bund könne sich vorstellen, die gesamte Finanzierung zu übernehmen, nicht hier im Parlament, sondern gegenüber der Presse getan haben, hat uns Parlamentarier nicht gerade beglückt, nach den Diskussionen der letzten Zeit. Das erinnert mich an Ihren Vorgänger, dessen Vorgehen wir auch kritisiert haben, dass er immer fröhliche Verkündungen in der Presse gemacht hat und hier im Ausschuss, nach der Deckung gefragt, sagte: „Das müsst Ihr Parlamentarier regeln.“

Glücklich war das nicht, dass Sie am Montag sagten: „Der Bund kann das übernehmen.“ Ich weiß nicht, ob der Finanzminister glücklich war über Ihre Erklärung. Als Parlamentarier fand ich das nicht gerade ein glückliches Vorgehen.

Zweitens: Sie sagen, ich kann mir vorstellen, der Bund übernimmt die Investitionskosten komplett, aber Kompensation. Die Zahlen lauten – ich habe den Hauptstadtkulturvertrag – ansteigender jährlicher Investitionsanteil – bisher vorgesehen – des Landes Berlin in diesem Jahr 110 Millionen, ansteigend auf 140 Millionen. Wenn der Bund tatsächlich 100 Prozent übernehme, wäre das aus arithmetischen Mitteln gar nicht möglich. Der Hauptstadtkulturvertrag hat nur ein Volumen von 100 Millionen, zusammen mit dem Fonds von 120 Millionen – damit wäre die Summe nicht gedeckt. Es wird doch hoffentlich nicht unser Ernst sein – wir haben morgen das Jüdische Museum in zweiter und dritter Lesung im Plenum, da sind Kosten schon vorprogrammiert –, in Berlin nur noch und ausschließlich die Museumsinsel zu fördern und alles andere nicht. Also mein Ergebnis: Die Kompensation, wenn sie überhaupt kommt, wird sicherlich nicht in Berlin gesucht werden, sondern woanders. Das ist ein Punkt, den wir im Zusammenhang mit Kulturföderalismus beachten müssen. Wenn Schlamperei und Misswirtschaft hier in Berlin – die Grünen sind da nicht beteiligt, aber andere vielleicht schon – betrieben werden, muss man auch darauf achten, dass Kulturleuchttürme und -förderung in anderen Teilen der Republik dadurch nicht gefährdet werden.

Ich freue mich natürlich wahnsinnig, wenn die Museumsinsel möglichst schnell in altem Glanz und Funktionalität ersteht, aber der Verdacht drängt sich auf, dass das Ereignis am Samstag mit den bevorstehenden Wahlen im September einen engen Zusammenhang hat, so dass man den Eindruck gewinnen muss, nachdem wir jahrelang über die Finanzierung der Museumsinsel diskutiert haben, dass hier Wahlgeschenke zumindest als nicht abwegig erscheinen. Was ist mein Vorschlag? Meine Frage an die Kollegen: Ist denn unser Gesetzesantrag Museumsinsel-Unterstützungsgesetz angesichts dieser neuen Entwicklung, die zu neuen Erklärungen von Ihnen geführt hat, Herr Prof. Nida-Rümelin, die zu einem offensichtlich völlig neuen Sachstand geführt haben, nicht doch Anlass, Ihre strikte Ablehnung unseres Vorschlags nochmals zu überdenken? Es ist doch kein abwegiger Vorschlag, dass man in der Situation sagt, hier ist eine Perle, das zentrale kulturelle Kleinod, das die Republik zu bieten hat, also legen wir eine Goldmünze auf, verwenden den Erlös hieraus zur Finanzierung der Museumsinsel. Ich halte das für eine sehr naheliegende Überlegung, anstatt hier Blankoschecks auszustellen, von denen wir nicht wissen, wie sie später finanziert werden.

Ich habe hohe Sympathie, wenn Sie sich denn unserem Vorschlag nicht nähern oder vielleicht sogar in Kombination, wenn wir für die Museumsinsel hier etwas tun, was im Zusam-

menhang mit der nationalen Bund-Länder-Stiftung zu sehen ist. Also, hier zusätzlich eine halbe Milliarde Mark hereinzuschießen – da habe ich große Bedenken. Wir alle wollen, dass die Museumsinsel ohne Zeitverzug und ohne finanzielle Verluste entsteht, aber was Sie vorgeschlagen haben, Übernahme des Finanzierungsanteils des Landes – einfach so – das scheint mir keine gut durchdachte Lösung zu sein. Wenn Sie den Eindruck haben, dass die Ereignisse am Samstag und Ihre Erklärung vom Montag nicht in einem Zusammenhang stehen, wäre ich dankbar, wenn Sie intelligenteren Lösungen – dazu gehört sicher das Museumsinsel-Unterstützungsgesetz – näher treten würden.

Abg. Prof. Dr. Heinrich Fink (PDS): Zu den misstrauischen Frankfurtern kommen die Berliner, die neugierig sind. Sie können das Misstrauen ausräumen, wenn Sie nochmals ausführen würden: Wenn die Kosten zu 100 Prozent übernommen werden, was ich sehr begrüße – die Kollegin hat es bereits gesagt, endlich ist dieses Damoklesschwert von uns abgehalten –, worin besteht die Kompensation, sind das Immobilien, was wird womit kompensiert?

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Also, meine verehrten Damen und Herren, ich kann eine gewisse Verwunderung nicht unterdrücken, insbesondere bei Ihnen, Herr Otto. Auch auffallend übrigens: In dem Moment, wo dieser Ausschuss öffentlich tagt, ändert sich der Ton fundamental – etwas merkwürdig. Wir hatten hier immer ein sehr sachliches Diskussionsklima – ich würde hier jetzt nicht irgendeine Schau abziehen. Erst einmal sollten Sie sich genauer informieren. Die ganze Argumentation ist falsch, und zwar schon deswegen, weil ich diese Äußerung, nämlich dass ich mir vorstellen könnte, dass der Bund die Investitionen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu 100 Prozent übernimmt, nicht erst gemacht habe, als die alte Regierung abgewählt war, sondern schon zuvor. Einige der hier versammelten Journalisten werden bestätigen, dass ich diese Äußerung gemacht habe unter anderem nach heftiger Nachfrage von Journalisten, wo ich gesagt habe, das müssen wir alles in Ruhe klären bei der Unterzeichnung des Hauptstadtkulturvertrages mit Herrn Stölzl, zu diesem Zeitpunkt im Amt. Also, die Grundlage Ihrer Argumentation bricht schon in sich zusammen.

Das Zweite – auch da empfiehlt es sich, die Texte genau anzusehen – ist: Es ist nicht wahr, dass alle Unterstützung, die der Bund in Berlin leistet, im Hauptstadtkulturvertrag steht. Das ist nicht wahr – schon deswegen stimmt es nicht, dass wir Einrichtungen etwa zurückgeben müssten. Im Gegenteil – und das stand auch in der Presse nachzulesen – ich habe bei der Unterzeichnung des Hauptstadtkulturvertrags sehr deutlich gemacht, dass bei der Übertragung dieser vier Einrichtungen, insbesondere bei dreien dieser vier – Haus der Kulturen der

Welt, Festspiele, Jüdisches Museum –; ich habe lediglich beim Gropiusbau gesagt, darüber könnte man grundsätzlich in ein paar Jahren noch einmal reden – absolut zweifelsfrei ist, dass das eine Entscheidung ist, die man nicht nach ein paar Jahren wieder rückgängig machen kann, weil wir das sehr genau überlegt haben mit der Übernahme der hundertprozentigen Verantwortung dieser vier Einrichtungen, auch konzeptionell, das betrifft z.B. die Konzeption Jüdisches Museum – das lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Jetzt tun Sie so, als hätte ich die Idee gehabt, dass der Bund das hundertprozentig übernehmen soll. Ich leugne nicht – und Herr Lehmann wird mir zustimmen –, dass wir uns in den letzten Monaten eine Menge Sorgen gemacht haben um dieses zentrale Projekt und dass wir alles tun wollen, damit sich so etwas in Zukunft nicht wiederholt. Das ist richtig. Aber der Vorschlag stammt doch nicht von mir. Der Vorschlag wurde von Berliner Politikern geäußert. Es ist völlig unrealistisch zu glauben, ich klebe mir ein Pflaster über den Mund und schweige wochenlang bei jeder Nachfrage von Journalisten, was ich von den Vorschlägen halte. Dann muss ich irgendwann etwas dazu sagen, kann nicht immer schweigen, obwohl ich jedes Mal gesagt habe, wir wollen die Gespräche erst einmal führen, auch mit der neuen Regierung, mit Herrn Wowereit, erst dann kann ich dazu etwas sagen. Dann habe ich lediglich diesen einen Satz gesagt: „Ich kann mir das vorstellen, allerdings nicht ohne Kompensation.“ Auf dem reiten Sie jetzt herum; das finde ich, ist kein guter Stil, um das deutlich zu sagen.

Ein wichtiger Punkt, den ich übrigens teile, Herr Dr. Lammert: Es kann nicht sein, dass der Bund irgend etwas zu 100 Prozent finanziert und nicht das Sagen hat. Eine aufmerksame Lektüre – ich will Ihnen nicht unterstellen, dass sie das nicht getan haben – des Hauptstadtkulturvertrages wird ein interessantes Modell entdeckt haben, das meine Idee war, dass wir die Gremien so zusammensetzen, dass der Bund in den Einrichtungen, in denen er die hundertprozentige Finanzierung hat, auch in jedem Fall die Mehrheit in den Gremien hat. Das ist so durch das doppelte Stimmrecht der drei Berliner Vertreter gesichert, das entspricht also wenigstens zu einem Teil Ihrem Petitem. Ich füge gern hinzu, dass ich denke, dass unabhängig davon, wer letztlich die hundertprozentige Finanzierung solcher Einrichtungen übernimmt, allein die Tatsache, dass eine bestimmte Einrichtung in einem Bundesland ist, dafür spricht, dieses Land angesichts der Verfassungsrealität, die wir haben, und der Verantwortungsteilung in der Kulturpolitik, zu beteiligen, in welcher Form auch immer. Ich denke, wir haben das bei dieser verbesserten Fassung des Hauptstadtkulturvertrages sehr sorgfältig berücksichtigt.

Dritter Punkt, den ich ansprechen möchte, der liegt mir sehr am Herzen – wir sind da ganz auf einer Linie, Herr Prof. Lehmann. Es geht da um eine sehr grundsätzliche kulturpolitische

Fragestellung, nämlich die, ob sich die Kulturpolitik des Bundes, soweit es nicht Ordnungspolitik ist, sondern Förderung von Einrichtungen, zunehmend auf Berlin und am Ende sogar vollständig auf Berlin konzentrieren darf. Ich bin der Meinung, das darf nicht sein. Wir müssen die Förderungen auch außerhalb Berlins aufrechterhalten. Es gibt Vorstellungen, die Länder von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in der laufenden Finanzierung ganz zu entlasten und dafür aus einer Vielzahl von Förderungen in den sonstigen Bundesländern ganz herauszugehen. Das wäre ein Akt der Zentralisierung auf Berlin. Das, glaube ich, sollten wir aus grundsätzlichen kulturpolitischen Erwägungen heraus nicht tun, wobei ich sehr genau weiß, dass es von Seiten der Länder Begehren gibt, die Beteiligungen noch genau zu diskutieren, was die laufenden Kosten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz angeht. Das hat Nordrhein-Westfalen in der letzten Sitzung des Stiftungsrates schon angekündigt – sie wollen das geklärt haben. Niemand hat bislang gesagt, er will heraus aus der Stiftung. Ich denke, als Kulturpolitiker sollten wir uns das auch nicht zu eigen machen. Es ist ein gutes Signal, dass der Bund zwar ganz überwiegend mit 75 Prozent die laufenden Kosten trägt, aber alle Länder beteiligt sind. So eine Runde wie im Stiftungsrat, in dem wirklich alle Länder vertreten sind, ist auch etwas, was mir symbolisch wichtig zu sein scheint.

Letzte Bemerkung: Erfreulich ist, Frau Goehler, wenn wir das für dieses Jahr so klären mit den 30 Millionen – ich will jetzt nicht darauf herumreiten, dass noch 25 Millionen aus dem letzten Jahr offen sind, aber irgendwann müssen wir auch darüber Klarheit bekommen, was damit geschieht. Ich würde sehr dazu raten, dass wir uns bald zusammensetzen, jetzt bitte nicht hier diese Debatte führen, das ist einfach die falsche Zusammensetzung. Ob der Wunsch Berlins fortbesteht der hundertprozentigen Übernahme, wenn ja, wie wir das lösen können. Dann müssen die Finanzpolitiker irgendwann mit an den Tisch, denn es nützt nichts, wenn wir uns auf kulturpolitischer Ebene einigen und die Finanzpolitiker nicht mitspielen. Wir sollten auf jeden Fall die Sicherheit für die jetzige Situation für das Jahr 2001 nicht infrage stellen, wenn wir Überlegungen machen, wie das längerfristig weitergeht. Die 30 Millionen, die jetzt im Feuer standen und wirklich für uns ganz entscheidend sind, denn ohne das muss Herr Lehmann Planungs- und Baustopp verhängen, diese Zusage ist wichtig, die darf nicht aufgerechnet werden gegen irgendwelche Abwägungen, die wir für die Zukunft treffen wollen.

Noch ein Schlusssatz: Ich glaube, man darf das nicht vordergründig politisieren. Wir sind in einer Debatte, die nicht nur die Kulturpolitik, sondern das Bund-Länder-Verhältnis generell betrifft. Da ist etwas im Fluss. Die Ministerpräsidenten werden sich an diesem Wochenende über das Bund-Länder-Verhältnis unterhalten. Da wird die Frage eine Rolle spielen, inwie-

weit Verflechtungen Sinn machen oder wie viel Entflechtung nötig ist, um den Ländern klare eigenständige Handlungskompetenzen zu bewahren oder erst neu zu verschaffen. Ich halte dieses Thema für legitim. Wir müssen dieses Thema herunterbrechen auf die Kulturpolitik. Wir dürfen nicht den Fehler machen, jede Form von Kooperation zwischen Bund und Land im Gefolge dieses Prozesses zu diskreditieren. Beides kann Sinn machen. Klare Verantwortungsteilung praktizieren wir mit dem Hauptstadtkulturvertrag bezüglich dieser vier Einrichtungen, und gemeinsame Verantwortung bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder den Bayreuther Festspielen und vielem anderen mehr. Beides ist sinnvoll, man muss sich ansehen, bei welchem Projekt welche Form der Verantwortungsteilung tatsächlich angemessen wäre. Wir sollten uns da nicht vordergründig in ideologische Fronten hineintreiben lassen.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann (Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz): Ich würde gern noch die Fragen beantworten, die an mich gestellt und zum Teil angesprochen worden sind. Ich bin nach wie vor überzeugt, auch wenn wir zwischendurch diese aktuellen Probleme hatten, dass die Stiftung in ihrer Verfassung tatsächlich ein Modell ist für die Art und Weise, wie wir in Deutschland Bund und Länder in der Kultur zusammenbringen können. Es ist nicht nur eine Sicht auf die Finanzierung, sondern auf die besondere Verantwortung, die wir in der Kultur haben. Jeder von uns weiß, dass Hauptstädte heute mehr denn je über die Kultur nach außen wirken. Also muss auch eine Regierung in ihrer jeweiligen Verfassung daran interessiert sein, dass der Bund und die Länder in einer solchen wahrnehmbaren Fokussierung in der Hauptstadt vorhanden sind. Dafür ist die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein gutes Beispiel.

Die Situation, dass ich hier die Frage der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle für Bauhaushalt und Betriebskosten habe, liegt an Folgendem: Die bisherige Finanzierung, die wir 50 zu 50 zwischen Bund und Berlin praktiziert haben, kommt aus der Zeit der Teilung Deutschlands, als wir Westberlin unterstützt haben in der Form, dass es eine Westberliner Angelegenheit war und nicht die Angelegenheit der Bundeshauptstadt. Wir sind jetzt die Bundeshauptstadt und haben eine ganz andere Form und Funktion, die die 50 zu 50 Regelung nicht nur aus einer aktuellen Leistungsschwäche Berlins heraus, sondern auch aus einem programmatischen Ansatz in einer besonderen Verantwortung des Bundes zu sehen hat. Insofern bin ich der Meinung, dass wir hier vertreten können, dass sich der Bund aus dieser besonderen Verantwortung heraus mit einer 100 Prozent Baufinanzierung durchaus darstellen kann.

Zur Einbeziehung der Länder und zu den Quoten ist schon jetzt ein Quotensystem aufgestellt worden, das sich an der Finanzkraft der Länder – Bruttosozialprodukt, Steueraufkommen usw. – orientiert. Die einzige Ausnahme ist Bayern. Insofern ist das durchaus ein Punkt, der lohnt, diskutiert zu werden, den wir auch mit Bayern im Landtag und mit der Regierung angesprochen haben, weil ich der Auffassung bin, dass das kein Problem von Wittelsbach und Preußen oder Hohenzollern ist, sondern dass wir in diesem Fall ein nationales Unternehmen sind, das aus Bund und Ländern zusammengesetzt sein muss. Insofern muss auch Bayern diese Funktion sehen und kann sich nicht noch nach dem Saarland einordnen.

Wir haben im Stiftungsrat ein föderales Programm entwickelt, das auch die entsprechenden Sammlungen in den jeweiligen Häusern in den Ländern zur Verfügung stellt. Wir machen z.B. in Arolsen in Hessen demnächst für Rauch, der dort geboren ist, ein Museum auf, das die entsprechenden Skulpturen und Exponate aus Berlin bekommt. So wird auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz an die Länder etwas zurückgeben, so dass es nicht nur eine Art Notopfer für Berlin ist – das wollen wir bewusst nicht –, sondern es soll eine kulturpolitische Initiative sein. Das zur Struktur der Finanzierung.

Zum Zeitplan: Bei den Aussagen, die Berlin jetzt gemacht hat – ich sehe durchaus eine neue Qualität in diesen Aussagen, ich habe selbst im Hauptausschuss gesessen zusammen mit Herrn Eckey –, haben wir eine parteienübergreifende Situation erlebt, die jetzt nicht auf die Fraktionen der neuen Regierung abhebt, sondern die von allen Parteien getragen worden ist, dass die Eigenmittel des Landes Berlin mit diesen 30 Millionen zur Verfügung stehen. Eine so klare parteiübergreifende Aussage hatten wir bislang noch nicht. Insofern hat auch die Dramatik, die sich in der Planungs- und Baustoppsituation für alle bewusst gemacht hat, auch erreicht, dass alle nachgedacht haben. Da ist eine Bewusstseinsveränderung eingetreten, so dass ich glaube, in dieser Form können wir damit leben.

Das bedeutet, dass mit diesen Mitteln im Jahr 2001 die Ausführungsleistungen mit dem Neuen Museum und dem neuen Infrastrukturgebäude beginnen können. Das war der entscheidende Punkt. Wenn das nicht gekommen wäre, hätten wir alle drei Architekturbüros auflösen müssen. Sie wissen alle, dass das bedeutet hätte, Spezialisten wieder heranzuziehen, eine Unterbrechung von mindestens eineinhalb Jahren. Dann wäre dieses Uhrwerk, das ineinander greift, wirklich ausgesetzt worden. Damit hätten wir Verteuerungen gehabt und an Glaubwürdigkeit verloren. Insofern ist es eine neue Qualität. Ich baue auf diese Aussage und gehe davon aus, dass der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses in

der nächsten Woche zustimmt. Dann wären wir in genau der Situation, in der wir auch sein wollten. Das würde bedeuten, wir werden am 2. Dezember 2001 die Alte Nationalgalerie eröffnen, das erste Gebäude, das 19. Jahrhundert – da kann Berlin wirklich glänzen und seine Botschaften nach außen senden. Wir werden 2005 das Bode-Museum eröffnen; dann werden alle eineinhalb Jahre Eröffnungen sein, so dass wir mit dieser Dekade alle Vorhaben abschließen. Alles, was über 15 Jahre hinausgeht, können Sie mit einem Architektenteam so nicht bauen. Es sind zwei Generationen, die dann die entsprechenden Lösungen haben. Sie wissen, wie das ist, wenn nach 20 Jahren Gebäude gemacht werden, die 20 Jahre vorher geplant sind. Das gilt auch für den Denkmalschutz. Deshalb sind 10 Jahre ein vertretbarer Zeitraum für diese Großprojekte. Insofern kämpfen wir darum, dass diese 10 Jahre nicht verlassen werden. Jede Streckung wäre zum Schaden der Museumsinsel.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Lehmann. Das war noch einmal sehr hilfreich, um auch den Zeitplan und die praktische Abwicklung zu sehen.

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Ich möchte noch eine ergänzende Bemerkung machen, damit das ganz klar ist. Wir mussten auch deswegen den Hauptstadtkulturvertrag jetzt unterzeichnen – es bestand dringende Terminnot –, weil 43 Millionen da drin stehen, die sonst nicht hätten verwendet werden können, Herr Dr. Lammert, weil Sie mich prozedural vorhin kritisiert haben. Wir mussten jetzt unterzeichnen, weil wir die 43 Millionen sonst nicht hätten abfließen lassen könnten. Dann hätten wir ganz unabhängig von der Berliner Problematik erneut Planungsunsicherheit gehabt. Es ist doch selbstverständlich, dass zwei Vertragspartner einvernehmlich sagen können, in den nächsten Jahren wollen wir das eine oder andere anders regeln, als wir das jetzt im Kulturvertrag festgelegt haben. Das ist doch eine wirklich harmlose Angelegenheit. Das passiert alle Tage.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Sie hätten mich gründlich missverstanden, wenn ich kritisiert hätte, dass die beiden Vertragspartner den Vertrag so jetzt unterschrieben haben. Ich habe kritisiert, dass Sie noch immer nicht unterschrieben haben.

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Aber Sie haben kritisiert, dass immer noch Gedanken im Spiel sind, die diesen Hauptstadtkulturvertrag noch einmal verändern würden. Dazu sage ich, wir mussten jetzt unterzeichnen, wir konnten nicht länger warten. Das schließt nicht aus, dass wir uns einigen, das eine oder andere Element in Zukunft anders zu gestalten.

Vorsitzende: Jetzt hat die Senatorin das letzte Wort. Gibt es noch eine dringende Praxisfrage?

Abg. Prof. Dr. Heinrich Fink (PDS): Ich möchte doch ganz gerne meine Frage beantwortet haben, denn sonst schlägt meine Neugierde auch in Misstrauen um. Wenn Sie Kompensation sagen, müssen Sie doch irgendwelche Vorstellungen haben?

Staatsminister Prof. Dr. Nida-Rümelin (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien): Jetzt verhalten Sie sich doch nicht auch so, schauen Sie, ein gewisser Stil schadet ja nun nicht, auch wenn man verschiedene Interessensstandpunkte hat. So lange wir nicht darüber das erste Mal geredet haben – Frau Goehler und ich sehen uns heute zum ersten Mal – ist es einfach nicht in Ordnung, wenn ich jetzt sage, ich stelle es mir so vor, dann sagt Frau Goehler, ich stelle es mir aber anders vor. Wunderbar, so kommen wir wahrscheinlich schnell zu einem vernünftigen Ergebnis.

Vorsitzende: Also, ich muss doch sagen Herr Fink, ich finde das ganz toll, dass Frau Goehler nach zwei Tagen hergekommen ist. Sie hat mich gestern angerufen, da stand ich mit Herrn Nida-Rümelin im Aufzug; sie hatten sich noch nicht gesehen. Wir sind alle hier das verbindende Glied; lassen sie ihnen doch bitte die Zeit, dass sie sich auch woanders treffen können und nicht nur im Ausschuss. Frau Goehler hat jetzt das letzte Wort, sie muss dann zu ihrem Finanzsenator.

Adrienne Goehler (Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin): Ich möchte mich erst einmal nur für das Forum bedanken und für das große Interesse. Das hilft auch den Berlinern bei den Verhandlungen. Zu Ihnen wollte ich nur sagen, Herr Dr. Lammert, alles was den Hauptstadtkulturvertrag fortschreibt – Herr Nida-Rümelin hat deutlich gemacht, er kann nicht annulliert werden, auch nicht einfach kassiert werden – sollte in unser aller Interesse sein und damit auch in Ihrem.

Vorsitzende: Ich bedanke mich ganz herzlich bei Frau Ströver und ganz besonders bei Frau Goehler als neuer Senatorin und wünsche viel Erfolg bei ihrer Arbeit. Ich freue mich sehr und kann das auch im Namen des Ausschusses sagen, dass die Verhandlungen jetzt weiter aufgegriffen werden können. Der Kulturausschuss, der sich als Lobby-Ausschuss für die Kultur versteht, wird das alles wohlwollend begleiten.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4 , dem Entwurf der F.D.P.-Fraktion auf Drucksache 14/5274. Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Otto hat dazu bereits etwas gesagt.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Kollege Otto, ich möchte Ihnen ein Kompliment machen. Sie können wunderschöne Anträge formulieren. Dies ist ein sympathischer Antrag, und ich kann mir vorstellen, wenn der Kulturausschuss auf der Insel säße, würden wir alle diesem Antrag zustimmen. Aber man muss auch den Zusammenhang sehen. Alles, was der Museumsinsel hilft, ist zu unterstützen. Es kann aber sein, dass man zwar hoch, aber nicht weit genug springt. Das wäre hier bei der Zustimmung der Fall. Als der Antrag kam, sagten Kollegen aus anderen Bereichen, wenn überhaupt eine Münze kommt, dann landet das immer bei den Finanzen. Und nun kann man darüber streiten, ob das sinnvoll ist. Ich mache da ein großes Fragezeichen dahinter, dass das sinnvoll ist. Hiermit kommt das erste Mal etwas, was über 100 Millionen ist. Das geht jetzt in ein Kulturprojekt hinein. Da gab es schon Begehrlichkeiten, die ich nachvollziehen kann, aus anderen Politikbereichen, die sagten, wir möchten das auch. Bei solchen Anträgen von über 100 Millionen sind wir schon in einer Interessenauseinandersetzung mit anderen Politikfeldern. Deshalb haben wir gesagt, so schön dieser Antrag ist, so wünschenswert es wäre, dass möglichst viel Geld schnell für die Museumsinsel aufgebracht werden kann, wir würden hier, wenn wir dem zustimmten, möglicherweise gar nichts kriegen, weil sich unterschiedliche Interessen blockieren könnten. Dann läuft alles woanders hin. Ich weiß nicht, ob diese Stiftung sinnvoll ist oder nicht. Ich weiß nur, dass dieser Antrag, wenn wir ihn beschließen würden, genau das Gegenteil von dem bewirken würde, was erreicht werden soll, nämlich möglichst viel Geld für die Museumsinsel zustande zu bringen. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

Abg. Rita Grießhaber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Otto, ich denke, es ist ganz klar. Wir haben es bisher in keiner Weise an der Unterstützung der Museumsinsel fehlen lassen. Aber wir halten den Weg, den Sie vorgeschlagen haben, nämlich über eine Zweckentfremdung der Stiftung, für den falschen. Deswegen unterstützen wir ihn nicht.

Abg. Hans-Joachim Otto F.D.P.: Ein einziges Wort: Das Wort Zweckentfremdung gefällt mir überhaupt nicht. Ich finde, dass überhaupt erst dieser Gesetzentwurf der Münze einen vernünftigen Zweck gibt. Zu Herrn Barthel: Die Gefahr, dass das zweckentfremdet würde – Sie haben solche Gedanken auch anklingen lassen – ist durch den Absatz 1 von § 8 völlig geklärt. Da heißt es: „Er ist zweckgebunden für die Sanierung der Berliner Museumsinsel

einzusetzen.“ Gerade die neue Situation, die so beredt geschildert worden ist, und die besonderen Schwierigkeiten hätten eigentlich etwas mehr Flexibilität erfordert. Wenn man mir schlechten Stil vorwirft – ich habe einen konkreten Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Wenn ein Staatsminister kritisiert wird, was Aufgabe der Opposition ist, dann muss das nicht gleich schlechter Stil sein. Ich habe das, was ich nicht für richtig gehalten habe, gleich mit einem konkreten Alternativvorschlag untermauert. Ich nehme zur Kenntnis, dass dieser nicht angenommen wird, und wünsche Ihnen allen gute Reise bei den Verhandlungen mit den „Haushältern“, diese Zusagen dann auch wirklich in Taten umzusetzen.

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Im Vergleich zu den finanziellen Transaktionen, die wir in den letzten Jahren zur verzweifelten Sicherung des Finanzbedarfs des Ausbaus der Museumsinsel erlebt haben, ist dieser Gesetzentwurf von einer geradezu luziden Klarheit. Man mag über die Notwendigkeit und Verzichtbarkeit einer solchen gesetzlichen Regelung streiten. Nur gerade im Kontext anderer Verfahren, die wir im Zusammenhang mit der Museumsinsel erlebt haben, fällt es mir schwer, die Ernsthaftigkeit der Einwendungen unter dem Gesichtspunkt der Seriosität dieses Vorhabens nachzuvollziehen. Das finde ich unbegründet. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen und mit Andacht beobachten, ob nach Ablehnung desselben auf anderem Weg größere Beträge zu erzielen sind.

Abg. Prof. Dr. Heinrich Fink (PDS): Als es um die Reden in der Debatte ging, hatten wir uns entschlossen, dass nicht der Kulturverantwortliche darüber redet, sondern der entsprechende Haushaltsverantwortliche. Es ist einerseits eine Haushaltssache – er hat es sehr positiv bewertet –, wir haben dem auch zugestimmt. Es ist ein „donum super additum“, eine Zugabe, und eine Zweckentfremdung kann ich nicht sehen. Im Gegenteil, es ist zweckbestimmt festgelegt, und es kann nichts Besseres passieren, als dass sich viele daran beteiligen. Sie werden sehen, wie sich dieses Markstück verkaufen wird als Geschenk zur Konfirmation, Taufe usw., da den Berlinern wirklich an dieser Museumsinsel liegt. Es ist das Herzstück von Berlin, ich bin 40 Jahre daran vorbeigegangen. Dass die so zerstört ist, tut mir leid, und dass sie endlich aufgebaut wird, freut mich. Viele Berliner haben durch die Münze die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Ich bitte darum, dass die Koalition sich das noch einmal überlegt und es als eine Art Beteiligung der Berliner an der Museumsinsel annimmt.

Vorsitzende: Es haben jetzt alle ihre Position dargestellt. Ich komme nun zur Abstimmung. Für den Gesetzentwurf auf Drucksache 14/5274: CDU/CSU, F.D.P. und PDS: dagegen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Unterrichtung durch den Vorsitzenden der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“, Dr. Hannes Swoboda

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Günter Rexroth, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

- Drucksache 14/1752 -

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Dirk Fischer, Dr. Dietmar Kansy, Wolfgang Bosbach, Günter Nooke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

- Drucksache 14/3673 -

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte

- Drucksache 14/4402 -

Vorsitzende: Ich darf ganz herzlich Herrn Dr. Swoboda begrüßen. Ich danke Ihnen, dass Sie trotz der Hektik gleich bereit sind, loszulegen. Die Kollegen warten mit Spannung auf den zweiten Bericht der Expertenkommission. Ich darf Sie bitten, zu berichten wie der Stand der Dinge ist, die Auswertung der öffentlichen Anhörung, und wie der weitere Zeitplan ist.

Dr. Hannes Swoboda (Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“): Zum Thema: Wie läuft die Arbeit der Kommission? Aus meiner subjektiven Sicht läuft sie gut. Wir haben intensive Beratungen gehabt, ein öffentliches Hearing, zu dem Vertreter mit sehr unterschiedlichen Ansichten gekommen sind und ihre Positionen dargelegt haben. Was ist der Stand der Dinge? Was die Frage der Nutzung betrifft, haben wir drei Nutzungsbereiche in den Vordergrund gestellt. Insbesondere die außereuropäischen Sammlungen oder Kulturen von Dahlem sind nach wie vor ein Favorit. Wir haben den Auftrag gegeben, das mit zwei anderen Bereichen gemeinsam zu untersuchen, das sind die Wissenschaftsammlungen der Humboldt-Universität und die Landesbibliotheken Berlin, weil alle drei Unternehmen bzw. Kulturbereiche sich verbessern wollen und alle drei Bereiche aus unse-

rer Sicht für sehr wertvoll angesehen werden, an einem zentralen, qualitativ sehr hoch angesetzten Bereich angesiedelt zu werden. Wir haben alle drei Institutionen gebeten, gemeinsam zu untersuchen, in wieweit Synergieeffekte aus einem gemeinsamen Standort gewonnen werden können, weil wir nicht der Meinung sind, einfach eins zu eins zu übersiedeln, denn wenn die drei Institutionen mit ihren Objekten an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden, muss sich schon etwas Besonderes daraus ergeben. Im Grundsatz haben die Vertreter dieser drei Institutionen gemeint, das sei möglich und sinnvoll, diese Kombination sei nicht nur eine Addition, sondern sie könne auch eine kulturelle Institution eigenen Charakters oder eines besonderen Charakters darstellen.

Dieser Auftrag läuft noch. Wir werden einen ersten Zwischenbericht an diesem Freitag bekommen. Ich kann Ihnen hier noch kein fertiges Konzept liefern. Aber das Spannende an dieser Kombination wäre, dass die Wissenschaftssammlungen der Humboldt-Universität, die erst kürzlich im Gropiusbau eine große Ausstellung gehabt haben, viele Berührungspunkte mit den Sammlungen außereuropäischer Kulturen haben. Umgekehrt sind dann auch spezielle Zuführungen möglich, gerade von den Landesbibliotheken, wobei „Bibliothek“ ohnehin ein Begriff ist, der nicht das alles umfasst, was heute im Zusammenhang mit Bibliotheken gesehen wird und gemacht werden kann, mit Mediatheken usw. Wir wissen von allen drei Institutionen, dass nach wie vor eine große Nachfrage besteht, mit vielen Ländern, nicht nur in Europa, sondern auch außerhalb Europas, dass es steigende Besucherzahlen gilt, was für Bibliotheken überrascht. De facto ist es so, dass, wenn diese Institutionen sehr offensiv sind, breit gefächerte Angebote machen, manches kompensiert werden kann, was vielleicht durch neue Technologien, Individualisierung, durch die Möglichkeit des Internets an Besucherfrequenz abgezogen wird. Diese drei Institutionen haben den Auftrag, das auszuarbeiten. Wir sind uns bewusst, dass das allein nicht genügt. Es gibt eine Reihe von anderen Angeboten, Forderungen oder Wünschen, die hier deponiert worden sind, bis hin zu einem eigenen Konzertsaal usw. Wir sind nicht mehr darauf eingestiegen, weil wir zuerst einen Kernbereich für kulturelle Aktivitäten definieren wollen, um danach zu betrachten, was damit verbunden werden kann. Der Wunsch allein, dass es einen Konzertsaal in Berlin geben soll, der vielleicht multifunktionell sein kann, ist zu wenig, weil hier an die Finanzierbarkeit dieser Wünsche und Vorstellungen gedacht werden muss.

Das Zweite betrifft die Finanzierung: Hier haben wir noch keine näheren Entschlüsse gefasst, weil das nicht möglich ist, ohne dass wir über die Nutzungsvorstellungen und über die Finanzierung reden. Allerdings haben wir einige Mitglieder unserer Kommission benannt und beauftragt, im Sommer, wenn wir eine Zwischenbilanz gezogen haben, mit der Frage der

Erarbeitung des Finanzierungskonzepts zu beginnen, weil jeder Vorschlag, den wir zu unterbreiten haben, mit einem groben Finanzierungskonzept verbunden sein muss, sonst ist dies hinfällig. Eine Finanzierung, die ausschließlich auf das Private ausgeht – soweit kann ich auch die Finanzierungsexperten, die in unserem Rahmen hier tätig sind, mit vertreten – ist illusorisch. Eine Finanzierung, die einfach sagt, das Budget muss zahlen, ist auch illusorisch und naiv. Wo die Kombination zwischen privater und öffentlicher Finanzierung liegt, ist eine Frage, auf die ich heute noch keine Antwort geben kann. Das wird niemand seriöserweise tun, weil die Rahmenbedingungen noch nicht klar sind. Ich habe das letzte Mal erwähnt, dass natürlich ein Element des Finanzierungskonzepts die Beiträge sind, die aus der Verwertung der Grundstücke kommen müssen, der Liegenschaften, die durch die Umsiedlung frei werden. Ein zweites Element – das führt mich zum dritten Punkt – sind auch die Grundstücke, die im Umgebungsbereich des Schlossplatzes verwertet werden können, sei es für Wohnen, für Dienstleistungen und andere wirtschaftliche Nutzungen, und so auch etwas einbringen können. Daher haben wir uns in der letzten Sitzung ausführlich mit der städtebaulichen Situation beschäftigt.

Wenn man Bilder des Schlosses betrachtet – ich mache jetzt keine Werbung für den Wiederaufbau des Schlosses, sondern nur für die städtebauliche Situation – sieht man, dass das Schloss in eine dichte Stadtumgebung eingebettet war. Die freie Position, die heute der Palast der Republik hat, hat sich erst durch Kriegszerstörungen und durch sozialistische Stadtplanung im Sinne der Schaffung von großen Plätzen ergeben, sei es für Aufmärsche oder sonstige Kundgebungen. Die Stadtkonzeption, die in der Zeit der DDR hier propagiert worden ist, war eine, die nicht übereingestimmt hat mit der faktischen Situation, wie die Stadt zu früheren Zeiten, vor der Zerstörung durch den Krieg, strukturiert war. Das hat dazu geführt, dass wir einheitlich der Meinung sind, dass in einigen Bereichen der Umgebung des Schlossplatzes inklusive der Breiten Straße, die dann wieder enger gebaut werden soll, eine Verwertung dieser Flächen hier zusätzlich finanzielle Beiträge liefern könnte. Der Hauptzweck ist, für Bebauungen und Aktivitäten im Umgebungsbereich am Schlossplatz das Gebäude, das zu errichten ist, in die Stadt einzufügen, eine gewisse Lebendigkeit, eine Grundversorgung herzustellen, indem dort Wohnungen entstehen, indem Dienstleistungsbetriebe entstehen, also die Platzgefüge, wie sie heute oft unwirtlich sind, wieder in eine städtebauliche Struktur zu bringen, in der es auch Plätze gibt, allerdings Plätze, die mehr an der täglichen Nutzung orientiert sind statt an Aufmärschen. Der nicht ungewünschte Nebeneffekt ist, dass die Verwertung dieser Plätze wieder zu entsprechenden Nutzungen führen würde. Hinsichtlich der U-Bahn-Bauten soll es neue Überlegungen geben. Die bisherigen Planungen sehen vor, eine U-Bahn dort hinzuführen. Eine offene Frage ist die Bebauung im Bereich

Marx-Engels-Forum zwischen der Spree und dem Alexanderplatz. Inwieweit dort Freiräume und Bebauungen stattfinden können, ist noch ein Punkt der Diskussion.

Nun zu der zum jetzigen Zeitpunkt entscheidendsten Frage: Soll das Schloss wieder aufgebaut werden? Expertisen zeigen, dass aller Voraussicht nach nur ein Teil des Schlosses aufgebaut werden könnte, bis zu einem gewissen Prozentsatz, der heute noch nicht festgelegt werden kann. Wir können davon ausgehen, dass ein Teil des Schlosses wiedererrichtet werden kann, weil Teile dieses Schlosses nach wie vor vorhanden sind – es wird vorgeforscht, inwieweit es durch entsprechende Grabungen an verschiedenen Standorten, wo Teile des Schlosses deponiert worden sind, möglich ist, etwas herauszuholen. Auf der anderen Seite kann nur ein Teil der Skulpturen, die nicht mehr auffindbar sind, nachgebaut werden. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass man zwar heute durch modernste Technologien eine Skulptur nachbauen kann – diese Skulpturen waren aber keine Einzelstücke, sondern sind quasi fabrikmäßig hergestellt worden. Wenn ich aber kein Modell habe, kann ich auch mit den modernsten Messmethoden die Figur nicht mehr ermessen, sie nicht genau nachbauen. Dasselbe gilt für Fresken, Deckenmalereien usw. Man muss bei dem Satz, das Schloss soll wieder gebaut werden, sehr vorsichtig sein, denn technisch kann es nur zum Teil wieder hergestellt werden. Wir versuchen festzustellen, was vom Schloss in Museen, in privaten Räumen, in Kellern noch vorhanden ist, was die Menschen vor der Sprengung mitgenommen haben, und bei welchen Deponien es Sinn macht zu graben, um noch Reste zu finden. Die Machbarkeit ist allerdings begrenzt vorhanden, so dass festgestellt werden kann, dass Teile des Schlosses aufgrund der Unterlagen und jener Skulpturen, die reproduzierbar sind, nachgebaut werden können. Aber es ist immer nur ein gewisser Prozentsatz, auf den ich mich natürlich hier nicht festlegen möchte. Ob man das will oder nicht, ist eine Empfehlung, die wir dann erst am Schluss, nach eingehender Beratung, feststellen können.

Zum Palast der Republik habe ich darauf hingewiesen, dass das primär eine technische Frage ist, ob er in ein neues Gebäude, das sich an der städtebaulichen Struktur des Schlosses orientiert, einbezogen werden kann. Den Palast der Republik, wie er einmal bestanden hat, gibt es auch nicht mehr. Es ist von den meisten Einrichtungen ein gewisser Prozentsatz aufgehoben worden, der Volkskammersaal – man hat auch hier Teile genommen und sie bewahrt, so dass auch hier ein Nachbau notwendig wäre. Ob das Gebäude als solches mit einbezogen werden kann – sicherlich nicht in der äußeren Form, wie sie zu DDR-Zeiten existiert hat – ist eine Frage, die wir technisch abklären müssen, bevor wir zu einer politischen Aussage kommen können. Die Meinungen beim Hearing und in den verschiedenen Debatten waren hier sehr unterschiedlich.

Als Fazit möchte ich festhalten: Die von mir genannten drei Nutzungen stehen im Mittelpunkt, aber sie haben nicht ausschließlich zur Debatte gestanden. Es ist klar, dass damit nur ein gutes Drittel der Kubatur beansprucht wird, dass eine Reihe von weiteren Nutzungen nach wie vor in der Diskussion ist, bis hin zur Frage eines besonders hochstehenden und qualitativ wertvollen Konferenzentrums mit entsprechenden Einrichtungen. Wir wollen diesen Kern feststellen, um von diesem Kern aus weitere Nutzungen anzureichern. Zur Finanzierung ist bisher keine Aussage getroffen worden außer, dass nach all den Vorstellungen und Überlegungen weder eine ausschließlich öffentliche noch eine rein private Finanzierung denkbar ist und vertreten werden kann. Wir sind der Meinung, dass durch eine intensive und dichte städtebauliche Nutzung im Umgebungsbereich des neu zu entwickelnden Gebäudes städtebaulich viel für die Mitte Berlins gewonnen werden kann, dass aber auch finanzielle Beiträge in noch nicht definiertem Ausmaß gewonnen werden können. Es ist klar, dass das Schloss nie zu 100 Prozent, aber zu einem guten Teil herstellbar ist. Es ist auch klar geworden, dass selbst die eifrigsten Verfechter der Wiederherstellung des Schlosses, wie Herr von Boddien, im Hearing klar zum Ausdruck gebracht haben, dass gute Teile der Innenausstattung, der Gemälde usw. natürlich neu sein müssten und nicht reproduzierbar sind, dass sich das finanziell auch nicht tragen würde, so dass auf jeden Fall ein neues Gebäude entsteht, selbst wenn es sich sehr stark am Schloss orientiert. Hinsichtlich des Palastes der Republik ist die Frage der Erhaltung der Gebäudestruktur nach wie vor eine technische Frage. Es wird sehr schwer sein, die beiden Konzepte miteinander zu verbinden, insbesondere wenn bei der Orientierung am Stadtschloss der Schlüterhof wieder hergestellt werden müsste, der in den Bereich des Palastes der Republik hineinreicht, der eventuell bei der Orientierung an der ursprünglichen städtebaulichen Struktur noch stehen bleiben könnte. Das ist der Stand der Dinge. Wir haben am kommenden Freitag eine Sitzung, eine zweitägige Sitzung mit einer Ausstellung aller bisher vorliegenden Vorschläge im Juli. Ich bin nach wie vor optimistisch genug, um gegen Ende des Jahres, spätestens im Januar, mit einer tragfähigen Empfehlung der Kommission an die Politik heranzutreten. Wie dann der weitere Fortgang ist, hat nicht die Kommission zu entscheiden, sondern die Politik, sicherlich vornehmlich dieser Ausschuss.

Vorsitzende: Herzlichen Dank. Ich sehe, dass die Kommission hart arbeitet, denn sie ist schon sehr präzise. Ich habe eine linguistische Nachfrage. Sie sprachen bei der Frage der Rekonstruktion des Schlosses und der Möglichkeiten häufig im Präsens. Besteht innerhalb der Kommission die Tendenz, dass es darauf hinausläuft?

Dr. Hannes Swoboda (Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“): Wir haben hier keinerlei Entscheidung getroffen. Wie ich es interpretieren würde, besteht eine starke Tendenz in die Richtung, sich sehr weitgehend am Schloss zu orientieren. Allerdings würde eine Minderheit dies vehement kritisieren. Die Mitglieder der Kommission sind unterschiedlicher Meinung. Ich glaube, dass ein großer Teil der Kommission in diese Richtung tendiert. Ich sage bewusst „tendiert“, weil die endgültige Entscheidung hinsichtlich der technischen Machbarkeit noch aussteht. In dem Moment, wo ich weiß, ich kann weniger reproduzieren als 50 Prozent, sieht es anders aus, als wenn sich feststellen lässt, was die Optimisten glauben, dass es 75 Prozent sind. Ich kann aber sagen, dass die Befürworter die Oberhand haben.

Vorsitzende: Sie sprachen davon, dass es im Juli eine Ausstellung mit den bisherigen Vorschlägen geben wird. Wann und wo wird das sein?

Dr. Hannes Swoboda (Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“): Wir haben die Eröffnung der Ausstellung, die im Staatsratsgebäude stattfinden soll, für den 12. Juli am Abend vorgesehen. Sie wird nicht die Vorschläge der Kommission bringen, sondern alles, was bisher gezeigt worden ist, um der Bevölkerung zu zeigen, welche Ideen es gegeben hat, welche Vorschläge vorliegen, und um der Kommission die Möglichkeit zur Präsentation zu geben. Die Ausstellung wird bis Mitte Dezember dauern. Zum Staatsratsgebäude: Es ist eine vorläufige Empfehlung der Kommission, das Staatsratsgebäude auf jeden Fall zu erhalten. Die Nutzung wollen wir erst nach der Nutzungsüberlegung hinsichtlich des Schlosses festlegen. Es kann sein, dass es hier komplementäre Nutzungen geben soll. Das gilt nicht für die Gebäude entlang der Breiten Straße, die verändert werden soll. Die Grünfläche auf der Rückseite des Staatsratsgebäudes soll ein öffentlicher Park werden, wobei wir uns bewusst sind, dass wir bei mehr Bebauung auch öffentlich nutzbaren Grünraum brauchen.

Abg. Eckhardt Barthel (SPD): Vielen Dank auch von uns für den Bericht. Meine Spannung, was denn nun geschehen wird, hat sich nicht verringert. Ich habe ein paar Fragen. Sie haben zu Recht das Verhältnis Nutzung und Finanzierung deutlich gemacht und sie sagten, die reine Privatfinanzierung wird es nicht geben. Ich sage das, weil es ja ursprünglich einmal so war: Bund und Land geben das Grundstück und das andere die Privaten. Das war ja einmal so eine fixe Idee. Also, das heißt, es wird privat und öffentlich sein. Die von Ihnen genannten Nutzungsvorschläge, die außereuropäischen Kulturen, Wissenschaftssammlungen, HU und Landesbibliotheken sind öffentliche Nutzungen. Was bleibt für private Nutzung? Ich begrüße

sehr die dichtere Bebauung um das Schloss und gleichzeitig freie Grünfläche hinter der Spree, das halte ich für eine wunderbare Ergänzung. Ansonsten sehe ich bisher im Großen und Ganzen nur Nutzung, die eigentlich auch von der öffentlichen Hand bezahlt werden wird. Das ist noch offen. Der kurz erwähnte Konzertsaal ist auch nicht so furchtbar viel als Privates. Zur Frage, was auf der Kubatur des Schlosses gemacht wird: Ich habe den Eindruck, man untersucht jetzt, ob man einen Teil des Palastes der Republik dazu nimmt. Man baut „ein bisschen Schloss“, denn das wird, wie sie das jetzt ausgedrückt haben, davon abhängen, ob man 50 oder 75 Prozent hinbekommt. Es geht offensichtlich die Denkrichtung dahin, wenn es möglich ist, bauen wir nicht das ganze Schloss, sondern nur „ein bisschen Schloss“, was auch immer das architektonisch zu bedeuten hat. Ich hatte allerdings, das gestehe ich, weil ich kein Freund des Wiederaufbaus des Schlosses bin, gedacht, dass natürlich auch Überlegungen gemacht werden, die vielleicht nicht realisiert werden, was dann aber auch eine architektonische Alternative sein könnte. Ich erinnere mich, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin gesagt hat, auch das Schloss geht in den Wettbewerb, davon hat er dann später wieder Abstand genommen. Nach dem, was Sie hier berichtet haben, habe ich den Eindruck, es geht nur noch darum, mit wie viel Prozent ist noch „ein bisschen Schloss“ machbar. Ich fände es bedauerlich, wenn eine Alternative dazu nicht mitgedacht würde. Eine Bitte: Ich habe hier von der Anhörung gehört. Ich weiß nicht, ob es möglich wäre, falls es noch eine Anhörung geben sollte, bitte ich um eine Einladung an die Mitglieder des Kultur Ausschusses.

Abg. Gisela Schröter (SPD): Auch meine Nachfrage geht in die Richtung möglicher Alternativen. Ihren Ausführungen habe ich entnommen, dass Sie davon ausgehen, dass man sich mehrheitlich einig wäre. Man schaut mit viel Interesse auf das, was hier diskutiert wird. Es ist nicht nur eine städteplanerische Entscheidung, sondern eine politische. Deshalb ist mir wichtig, sich mit den Alternativen vertraut machen zu können. Das ist mir sehr wichtig, gibt es Ausschreibungen und Wettbewerbe, wen will man beteiligen, national und international, an Hochschulen und Universitäten, oder auch andere Architekturbüros, alte und neue Künstler?

Abg. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Für mich ist der Hinweis auf das gemeinsame Nachdenken über die gestalterischen Varianten, Nutzungsmöglichkeiten und deren Finanzierbarkeit wichtig. Mit einem noch so gründlichen Dialog und noch so breit getragenen Konzept, das nur in der Realisierung völlig vage bleibt, wäre niemand gewonnen, und wir würden damit Gefahr laufen, dass die Diskussion zwar zu einem Ende gekommen, aber das Projekt um keinen Millimeter weitergebracht ist, um die Diskussion später bei Null wieder aufzunehmen. Ich möchte auf einen Zielkonflikt aufmerksam machen. Dass es prinzipiell nicht möglich

wäre, für ein solches Projekt private Mittel zu akquirieren, glaube ich nicht. Der Zielkonflikt liegt darin, dass die Lage zu exponiert ist und die Aussicht auf diesen Platz mit seiner Ausstrahlungswirkung in einem Kontext, der prominente öffentliche Nutzung unvermeidlich vorsieht. Die Nutzungen, die hohe Kostendeckungsbeiträge ermöglichen würden, sind am wenigsten mit der Prominenz dieses Platzes und den übrigen Nutzungen vereinbar. Darin liegt das Problem, so dass man sich dann wieder in einer Entscheidungsalternative befindet, gegenüber dann noch infrage kommenden privaten Nutzungen öffentlich abwägen zu müssen. Ein Problem, das ich Ihnen ja sicherlich nicht eröffnen muss, das wird Ihnen schon aufgefallen sein, füge ich nur der Vollständigkeit halber hinzu. Alle diese Einrichtungen, die Sie genannt haben, verursachen nicht nur beachtliche Investitionskosten, sondern auch Folgekosten, so dass sich die Frage stellt: Wer bringt die Investitionsmittel auf, um die Realisierung eines später abgestimmten Konzeptes zu ermöglichen? Wer ist in der Lage, die sich bei dieser Standortfrage ergebenden laufenden Betriebsausgaben zu finanzieren? Kosten für außereuropäische Sammlungen werden nicht niedriger liegen als heute in Dahlem. Ganz im Gegenteil, es spricht alles dafür, dass die Kosten dort höher sein werden als bisher. Das heißt, sie sind auch da wiederum, was die öffentliche Finanzierungsperspektive angeht, schon sehr schnell wieder in einer sehr praktischen Entscheidungssituation, ich weiß, dass das alles heute nicht abschließend beantwortet werden kann, deshalb wollte ich auch nur signalisieren: Ich habe viel Sympathie und bin auch beruhigt darüber, dass sich aus Ihrer Berichterstattung ergeben hat, dass die Probleme in der Kommission ausreichend behandelt werden; dass man an den Fragen, die sich gewissermaßen um die Kernfrage herumgruppieren, zu einer größeren Entschlusskraft neigt, als beim Kernproblem selbst – fraglich ist nur, ob jede einzelne Festlegung die weiteren Folgen hinreichend bedenkt. Mir ist das nur aufgefallen, als ich die Unterlagen durchgesehen habe, da sind schon Straßenzüge verengt und Nutzungen im Umfeld verteilt. All dies, auch wenn man es für wünschenswert hält – ich tue das in ähnlicher Weise, wie das eben schon erklärt worden ist – lässt sich wiederum nicht unabhängig von dem realisieren, was in der Hauptsache passiert. Ich sehe auch mit einer Mischung aus Sympathie und Erwartung künftigen Berichten entgegen. Eine technische Frage habe ich noch. Die Ausstellung, die dokumentieren soll, was gegenwärtig überhaupt so an Vorstellungen unterwegs ist und die jetzt am 12. Juli eröffnet werden soll, soll wann gezeigt werden? Wäre dann nicht zu überlegen, Frau Vorsitzende, ob wir eine der nächsten Unterrichtungen dort vornehmen lassen. Weil man das ein oder andere auch visuell leichter verdeutlichen kann, als hier diese Trockenübungen zu veranstalten.

Die Vorsitzende: Mein Vorschlag wäre das auch gewesen, wenn die Konkretisierung etwas größer wird, einen Ortstermin zu machen. Das fand ich nur zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sinnvoll.

Abg. Prof. Dr. Heinrich Fink (PDS): Ich habe mit großem Respekt Ihre Ausführungen gehört und gemerkt, wie Sie die Anhörung umgesetzt haben. Sie wissen, dass ich zu der Gruppe gehöre, die das Gesamtkonzept im Blick hat, also die Spree-Insel. Es muss wieder eine Mitte von Berlin geben, die leider weggerissen wurde. Die eine Seite ist, dass es einen Ort von Hochkultur geben kann, die Dahlemer Sammlung und die Humboldt-Sammlung – interessante Sammlungen, leider für Gesamtberlin noch nie zugänglich gewesen, auch die letzte Ausstellung im Gropiusbau –, da sind viele aufgewacht, wie viel Reichtum da vorhanden ist. Die andere Seite ist: Unsere Bitte war, dass es ein öffentlicher Raum wird, ein Raum, wo sich Berlin wieder versammelt. Man kann über das Schloss diskutieren – auch das alte Berlin war um das Schloss herum versammelt, es war mit allem möglichen Jahrmarkt- und ähnlichen Treiben immer wieder zugänglich. Die Frage ist: Was ist das Komplementäre zur Hochkultur? Es müsste ein Bürgerforum geben, das sowohl Hochkultur als auch „Off-Kultur“ oder entsprechende Belustigung nutzen kann. Von daher ist für mich die Frage: Wie wird das zusammen gehen? Ich habe aus Herrn Dr. Swobodas Ausführungen viele Probleme herausgehört, das Schloss zu errichten. Was Sie aufgezählt haben, ist ein Stück wissenschaftlicher Arbeit, die Säulen wieder herzustellen, alles, was das Schloss adäquat macht, wiederzufinden. Es kann nicht ein Abklatsch sein von irgendetwas, es muss ein Stück der Wiederbringung von Originalität sein. Ich weiß nicht, wie das bezahlt werden kann. Dann müsste schon der Bund mit einspringen. Ich finde es schade, dass der Bund sich keine Gedanken über die Nutzung gemacht hat. Er lässt die Kommission arbeiten, aber er müsste auch in irgendeine Aktion treten. Vielleicht könnte man mit der Besichtigung der Ausstellung ein Kolloquium mit Haushaltsexperten und wissenschaftlicher Beratung verbinden, dass man eine eigene Vision davon hat.

Unser Anliegen: Es muss ein öffentlicher Raum für öffentliche Aktivitäten sein, Multifunktionalität des gesamten Platzes und Offenheit für breite Bevölkerungsschichten – da kann man sich eine Kombination von Schloss und Palast vorstellen, was davon dann auch immer bleibt. Ich finde es gut, dass Sie gesagt haben, der Palast kann nie wieder so sein, wie er war. Ich finde, dass die Volkskammer, die dort getagt hat, ein Stück Würdigung behalten sollte. Ich wehre mich dagegen, dass die Seite zwischen Schloss und Marienkirche in irgendeiner Weise bebaut wird. Es muss noch ein Stück Grün in Berlin geben. Die Breite Straße halte ich für eine Flanierstraße für die ärmere Bevölkerung in Berlin. Da war auf der

anderen Seite die Flaniermeile zwischen Dom und Palast, also von der Fischerinsel bis zum Neuen Museum, die Museumsinsel steht dazu in Korrespondenz. Ich glaube, dass die Einführung dieses Konzeptes, das Sie hier vorgestellt haben, für uns schon von großer Bedeutung ist.

Vorsitzende: Vielen Dank. Sie sehen, Herr Swoboda, dass wir die Arbeit mit viel Interesse verfolgen. Können Sie zu den Fragen heute schon antworten?

Dr. Hannes Swoboda (Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“): Ich danke Ihnen für Ihr Interesse. Für uns ist wichtig, dass unsere Arbeit durch das Interesse Ihres Ausschusses Sinn bekommt.

Zur Finanzierung: „Privat“ und „öffentlich“ sind Begriffe, die das Problem nicht ganz decken. Wenn ich sage, wir könnten eine Nutzung von Grundstücken im Besitz des Landes oder des Bundes durch Wohnen oder Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich nutzen und dadurch Einnahmen schaffen, dann sind das zu einem Teil öffentliche Mittel durch Verwertung der Grundstücke durch die öffentliche Hand und private Mittel durch private Nutzung. Ähnlich ist es auch bei der Verlagerung von Einrichtungen wie der Sammlungen von Dahlem – natürlich sind das öffentliche Mittel, sie kommen aber zum Teil aus dem privaten Bereich. Hier wird es Mischungen geben. Die großen privaten Investoren haben dort wenig Möglichkeiten. Wenn es ein Konferenzzentrum gäbe, könnte die private Wirtschaft entsprechend investieren. Wenn man Las Vegas dort hinbringen wollte, würde die private Wirtschaft sofort dort einsteigen.

Zur Frage: Wieviel Schloss? Man baut einen Teilbereich des Schlosses auf und einen Teil völlig neu. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Struktur sich am Schloss orientiert. Aber wenn vorgeschlagen wird, den Schlüterhof mit einem Glasdach zu versehen, ist das schon etwas Neues. Der Hof kann dann anders verwendet werden, für Konzerte usw. Oder wenn, wie das in Wien nach dem Brand in der Hofburg geschehen ist, moderne Künstler eingeladen werden, die Wände zu bemalen, weil es keinen Sinn macht, das nachzumalen, was vor dreihundert Jahren gemalt worden ist, dann ist das auch ein neuer Bestandteil. Das in Prozentsätzen zu bemessen, ist schwierig, weil das im Einzelnen qualitativ zu bewerten ist. Selbst wenn die äußere Struktur sich total am Schloss orientieren würde, würde es im Inneren ganz anders aussehen.

Zu den Alternativen: Wir haben für die nächste Sitzung am Freitag beantragt, eine Präsentation von modernen Kulturbauten im städtischen Gefüge vorzustellen, ob es Guggenheim in Bilbao oder andere Einrichtungen sind, um genau diese Konfrontation zu schaffen. Können Sie sich ein Gebäude wie das Centre Pompidou, Bilbao-Guggenheim oder andere Gebäude an diesem Standort vorstellen? Professor Laponiani, ein Architekt, wird das hier vorstellen, weil das eine Alternative ist. Für mich ist das aus meiner Arbeit heraus die Alternative gewesen, aber man wird sehen, wohin es führt. Ich habe nur die Tendenzen festgehalten.

Zu den Wettbewerben: Das ist eine Empfehlung, die wir geben werden. Selbst wenn wir unsere Arbeit abschließen, ist die Arbeit, was der Wettbewerb ergeben muss, insgesamt nicht abgeschlossen.

Zu den Folgekosten: Wenn Sie Dahlem heute betrachten, haben Sie hohe Kosten. Das Gebäude ist in schlechtem Zustand, es gibt wenig Einnahmen. Der Transfer würde zumindest kurzfristig geringere Betriebskosten schaffen, aber höhere Einnahmen und die Verwertung des Standortes. Bei Dahlem bin ich mir fast sicher, dass die Folgekosten in Balance gesetzt zu den höheren Einnahmen sich durch die Umsiedlung eher günstig entwickeln.

Zur Frage des Kulturbegriffs: Selbst die von mir genannten Einrichtungen wie Dahlem oder die Landesbibliothek stellen nicht eine Hochkultur dar, wie das gesagt wurde, sondern gehen auch teilweise in die Richtung dessen, was wir mit dem Grundgedanken des Erhalts des Palasts der Republik verbinden – das Volkskulturhaus, das eine längere Tradition hat. In diese Richtung geht unsere Empfehlung. Es darf nicht nur eine kleine Zielgruppe geben, sondern Möglichkeiten für Bürgerforum, Volkskulturhaus, wie immer wir das bezeichnen wollen.

Zur Finanzierung: Es gibt Argumente, die sagen, private Investitionen bis hin zur Sammlung von Geldern sind leichter machbar für das Schloss, bei aller Emotionalität, die mit dem Schlossbau verbunden ist. Ich gehe nicht davon aus, dass der Schlossbau automatisch um so viel teurer ist, aber ich meine auch nicht wie Herr Budin, dass das vielleicht günstiger wäre. Irgendwo in der Mitte wird das Argument liegen, aber wir werden das auch bewerten, weil hier Zahlen in den Unterlagen genannt wurden, die völlig abstrus sind. Die meisten Zahlen sind falsch.

Zum Gebiet zwischen Schloss und Marienkirche: Wir haben als Möglichkeit angedacht, wenn es dort Bebauung geben sollte, dann nur Randbebauung, weil auch die Grünfläche dem

Straßenlärm ausgeliefert ist. Jedenfalls soll dort Grünraum erhalten bleiben, zusätzlich zu dem Grünraum auf der Rückseite des Staatsratsgebäudes.

Selbstverständlich sind diese Fragen einfacher, aber sie sind notwendig, um überhaupt zu wissen, was und unter welchen finanziellen Voraussetzungen am Standort des Schlosses errichtet werden kann. Deshalb haben wir uns darauf konzentriert, weil wir die Frage des Schlosses sehr konkret angehen wollen. Es ist nicht eine Frage der Emotionalität – das ist nicht unsere Aufgabe. Vielmehr ist unsere Aufgabe, zu prüfen: Was kostet es, was ist machbar? Es geht nicht um den Streit der Rekonstruktion – völlige Rekonstruktion ist technisch nicht machbar. Es geht um die Kombination von Orientierung am Schloss einerseits und an neuen architektonischen Mitteln andererseits. Diese Kombination im Detail festzulegen, ist eine Frage des Wettbewerbs an weltbekannte Architekten. Das Gebäude muss natürlich ein besonders faszinierendes sein.

Zur Finanzierung: Ich gehe davon aus, dass man ungefähr zehn Jahre zur Errichtung dieses Gebäudes braucht. Daher ist es keine Frage des Budgets von einem, zwei oder drei Jahren, sondern eines Zehnjahreszeitraums, Finanzierung über Leasingverfahren, um die Traumatik wegzunehmen, dass hier plötzlich ein Riesenbetrag auf uns zukommt. Es gilt, eine längere Strecke zu finanzieren.

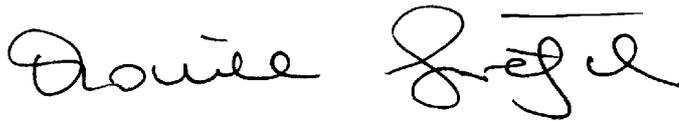
Vorsitzende: Herzlichen Dank. Das sind alles sehr praktische Vorgaben. Wir sind gespannt auf den weiteren Fortgang der Arbeit der Kommission.

Abg. Gisela Schröter (SPD): Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass man die Diskussion überall in der Republik sehr aufmerksam verfolgt. Sie nannten diese Ausstellung, die natürlich für die Berliner von Interesse sein wird. Ich bitte Sie, dass man dafür sorgt, dass durch die Medien diese Debatte über das, was möglich ist, nicht einseitig betrachtet wird, sondern dass so breit wie möglich in der Republik diskutiert werden kann. Erst dann wird es auch getragen und transparent.

Dr. Hannes Swoboda (Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“): Sie haben völlig Recht. Wir werden in die Medien transportieren, was die Ausstellung betrifft. Aus diesem Grund ist sie so lange offen. Wir haben vor, bei unserer Empfehlungsentscheidung mit der Öffentlichkeit entsprechend in Kontakt zu bleiben. Zum Hearing: Das Ministerium hatte die Organisation einer Firma übertragen, die hat leider in der Presse zu

schwach reagiert. Wir hatten an ein größeres Echo gedacht. Wir haben daraus gelernt und werden es in Zukunft rechtzeitig der Öffentlichkeit bekannt geben.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir wünschen der nächsten Sitzung und Ihrer Arbeit viel Erfolg. Wir nehmen uns vor, für November einen Ortstermin mit Besichtigung der Ausstellung vorzusehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Monika Griefahn', written in a cursive style.

Monika Griefahn
(Vorsitzende)